

# “The Public Eye Awards”

## Nominierungsformular

---

### Nominierter Konzern (Name):

Bayer AG, Leverkusen/Deutschland

### Kurzporträt des Konzerns:

Bayer gehört zu den weltweit größten Anbietern von Pestiziden und gentechnisch verändertem Saatgut. Desweiteren stellt das Unternehmen Kunststoffe, Chemikalien und Pharmazeutika her.

Die Zahl der Beschäftigten liegt bei 110 Tausend, der Umsatz bei knapp 30 Milliarden Euro. Vorstandsvorsitzender ist Werner Wenning.

### Nominiert für folgende Preiskategorie:

- Umwelt
- Menschenrechte
- Arbeitsrechte
- Korruption
- Spezialpreis Greenwashing\_\_\_\_\_

Es können auch mehrere Kategorien angekreuzt werden, falls der betreffende Konzern in verschiedenen Bereichen unverantwortlich gehandelt hat bzw. eine eindeutige Zuordnung zu einer der aufgeführten Kategorien nicht möglich ist. Die definitive Zuordnung wird in diesem Fall dem Organisationskomitee überlassen.

### Begründung:

Die Begründung soll möglichst umfassende Informationen – nach Möglichkeit gegliedert nach den aufgeführten Aspekten – über unverantwortliches Handeln des nominierten Konzerns sowie Quellenangaben beinhalten. Bei mehreren Fallbeispielen pro Konzern sind Zusatzblätter zu verwenden. Ergänzende Beilagen in Form von Studien oder Zeitungsartikel, aber auch Filmmaterial sind erwünscht.

*Allgemeine Informationen zur Geschichte von Bayer, aktuellen Fällen und ihren Folgen*

### Einführung:

Der Bayer-Konzern hat eine lange Tradition unethischer Firmenpolitik: zu Beginn des letzten Jahrhunderts vermarktete das Unternehmen aggressiv das "Hustenmittel" Heroin, obwohl die Suchtgefahr längst bekannt war. Im ersten Weltkrieg erfand die Firma Chemische Kampfstoffe und setzte sich vehement für deren Verwendung ein.

**Nominierung(en) einsenden an:** The Public Eye on Davos, Erklärung von Bern, Quellenstrasse 1  
25, Postfach, CH-8031 Zürich, Schweiz; E-Mail: [publiceye@evb.ch](mailto:publiceye@evb.ch); Fax: +41 (0)1 277 70 01.

Im Rahmen der IG Farben war Bayer tief in das Dritte Reich verstrickt und war für Menschenversuche, den Tod Zehntausender Zwangsarbeiter, die Produktion von Zyklon B und die Plünderung eroberter Gebiete mitverantwortlich. In den 80er Jahren wurden Tausende Bluter durch Bayer-Produkte mit HIV infiziert - der Konzern hatte trotz Kenntnis des Ansteckungsrisikos auf Testverfahren verzichtet und noch Jahre nach Auftreten der ersten Infektionen alte Chargen verkauft. Aktuelle Skandale umfassen die jahrelang bekannten Nebenwirkungen von Lipobay, denen mindestens 100 Patienten zum Opfer fielen, Preisabsprachen mit Konkurrenten und Falsch-Deklarationen von Pharmazeutika, die den amerikanischen Steuerzahler dreistellige Millionenbeträge kosteten.

### **Aktuelle Fälle:**

Bayer ist der weltweit zweitgrößte Pestizidhersteller und somit für einen großen Teil der jährlich 3-5 Millionen Pestizidvergiftungen verantwortlich. Im Bereich der hochgefährlichen Insektizide, mit denen sich jährlich zehntausende Landarbeiter tödlich vergiften, ist der Leverkusener Konzern die Nummer eins. 1996 versprach das Unternehmen, innerhalb von fünf Jahren alle Pestizide der Gefahrenklasse I ("extrem gefährlich") vom Markt zu nehmen - bis heute wurde diese Ankündigung jedoch nicht umgesetzt.

Immer wieder kommt es zu schrecklichen Vergiftungsfällen. So starben in dem peruanischen Andendorf Taucamarca vor drei Jahren 24 Kinder an einer Vergiftung mit dem Bayer-Pestizid Folidol. Der Wirkstoff war ohne Gefahrenhinweise in den Handel gekommen und durch ein Versehen in die Schulmilch der Kinder geraten. Ein weiteres Problem stellen die rund 500.000 Tonnen Altpestizide und unbrauchbare Chemikalien dar, die in meist ungesicherten Lagern in Ländern der „Dritten Welt“ verrotten und die Gesundheit der Bevölkerung akut bedrohen.

Im südindischen Baumwollgürtel kommt es zu einer hohen Zahl tödlicher Vergiftungen durch Pestizide der Firma - allein im Krankenhaus der Provinzhauptstadt Warangal müssen monatlich bis zu eintausend Fälle behandelt werden. Bayer ist der größte Anbieter auf dem indischen Pestizidmarkt. Große Mengen der in Europa nicht mehr zugelassenen Agrogifte wie Monocrotophos lässt der Konzern von Subunternehmern produzieren - besonders im Industriegebiet von Vapi. Aufgrund fehlender Sicherheitsstandards sind Unfälle dort an der Tagesordnung. Das Grundwasser ganzer Landstriche ist mit Agrogiften verseucht, so dass sich die Bewohner aus Tankwagen versorgen müssen und hierfür einen großen Teil ihres Einkommens aufbringen müssen. Die von Bayer vertriebenen Pestizide gelangen über die Baumwolle auch in die Textilproduktion. Die dort beschäftigten Arbeiterinnen atmen die Gifte in großen Mengen ein. Im Textilstandort Tripur beträgt die Lebenserwartung lediglich 35 Jahre.

-----  
Gänzlich skrupellos zeigt sich Bayer bei der Rohstoffbeschaffung. So war die Bayer-Tochter H.C. Starck jahrelang größter Abnehmer des Minerals Coltan aus dem Bürgerkriegsgebiet im Osten des Kongo. Allein die Rebellenarmee RCD nahm nach eigenen Angaben mit dem Export mehr als 1 Million US\$ monatlich ein, mit den Erlösen wurden Waffen gekauft und Soldaten rekrutiert. Das *Worldwatch Institute*

**Nominierung(en) einsenden an:** The Public Eye on Davos, Erklärung von Bern, Quellenstrasse 2  
25, Postfach, CH-8031 Zürich, Schweiz; E-Mail: [publiceye@evb.ch](mailto:publiceye@evb.ch); Fax: +41 (0)1 277 70 01.

schätzt, dass Ruanda allein im vergangenen Jahr durch die Coltan-Abbeute im Ostkongo 250 Millionen Dollar eingenommen hat – viel Geld in einer Region, in der eine Kalaschnikow für 30 Dollar erhältlich ist.

Die UNO hat Starck und anderen Firmen vorgeworfen, den mörderischen Krieg, dem bislang rund drei Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind, durch diese Geschäfte am Laufen zu halten. Im letzten Jahr nahm der Internationale Gerichtshof in Den Haag Ermittlungen gegen Firmen an, die den Krieg befördert haben. H.C. Starck hatte die Importe lange abgestritten und erst nach Recherchen der Vereinten Nationen sowie von Journalisten eingeräumt.

-----  
Eine im August 2003 veröffentlichte Studie des indischen Instituts *Glocal Research and Consultancy Services* wies nach, dass bei Zulieferern internationaler Agrokonzerne wie Monsanto, Bayer und Syngenta Zehntausende Kinder eingesetzt werden. Die Unternehmen lassen Baumwoll-Saatgut von kleinen landwirtschaftlichen Betrieben herstellen. Die Zulieferer arbeiten zwar nominell unabhängig, sind jedoch durch Qualitäts- und Preisvorgaben sowie durch langfristige Lieferverträge vollständig an die Multis gebunden. Auf Anfrage räumen die Unternehmen „Probleme mit Kinderarbeit“ ein, schieben jedoch die Verantwortung auf die lokalen Betriebe. Die Farm-Betreiber hingegen verweisen auf die niedrigen Abnahmepreise, die eine rentable Produktion nur mit Hilfe billiger Kinderarbeit ermöglichen. Hierdurch werden Kernbereiche der Konvention der Internationalen Arbeits-Organisation ILO verletzt, in der auf die Verantwortung großer Firmen auch für ihre Zulieferer hingewiesen wird. Ernsthafte Anstrengungen, die Produktion mit Hilfe erwachsener Arbeitskräfte durchzuführen und die (häufig nur sechs bis zehnjährigen) Kinder zurück in Schulen zu bringen, sind jedoch bis heute unterblieben. Eine Folgestudie, die im Sept. 2004 veröffentlicht wurde, wies nach, dass bei Zulieferern von Bayer noch immer knapp 2000 Kinder beschäftigt sind.

-----  
Bayer wird in regelmäßigen Abständen der Preisabsprachen mit Konkurrenzunternehmen überführt. So erklärte sich Bayer im Juli 2004 für schuldig, die Preise für Kunststoff-Zusätze (Additive) mit anderen US-Unternehmen abgesprochen zu haben, teilte das US-Justizministerium in Washington mit. Betroffen ist ein Zeitraum von 1995 bis 2001. Das Chemieunternehmen erklärte sich bereit, eine Strafe in Höhe von 66 Mio. \$ zu zahlen. Im Oktober hat sich Bayer im Rahmen einer Vereinbarung mit US-Behörden erneut zur Zahlung einer Geldstrafe bereit erklärt und Verstöße gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen eingeräumt. Die Vereinbarung bezieht sich auf Vorwürfe, das Unternehmen habe an wettbewerbswidrigen Aktivitäten hinsichtlich Acrylnitril-Butadien-Kautschuk teilgenommen.

Die Bayer-Tochterfirma *Haarmann & Reimer* (H&R) hatte in den 90er Jahren mit fünf Wettbewerbern ein Kartell für Zitronensäure gebildet. Dabei hatten die Firmen Verkaufsquoten ausgehandelt und die Endpreise exakt festgelegt. Während der Existenzphase des Kartells verkaufte H&R allein in den USA für 400 Mio. Dollar überteuerte Zitronensäure. Gegen *Haarmann & Reimer* wurden Strafen von 100 Mio Dollar verhängt - die bis dahin zweithöchste Kartellstrafe in der US-Geschichte.

**Nominierung(en) einsenden an:** The Public Eye on Davos, Erklärung von Bern, Quellenstrasse 3  
25, Postfach, CH-8031 Zürich, Schweiz; E-Mail: [publiceye@evb.ch](mailto:publiceye@evb.ch); Fax: +41 (0)1 277 70 01.

Bereits in den 80er Jahren beteiligte sich Bayer an einem europaweiten Kartell für den Kunststoff Polyethylen. Auch damals waren Preise und Quoten exakt abgestimmt gewesen.

-----

Ebenfalls in den USA hatte Bayer über Jahre hinweg bei Lieferungen an die staatlichen Gesundheitsprogramme "Medicare" und "Medicaid" falsche Preise gemeldet. Dem Staat waren durch die Preismanipulationen jährliche Schäden von rund einer Milliarde Dollar entstanden. Den US-Behörden fielen geheime Firmen-Dokumente zu, in denen die Manipulationen als bewährte "Marketing-Instrumente" beschrieben wurden. Bayer hatte sich im vergangenen Jahr sowohl in einem strafrechtlichen als auch in einem zivilrechtlichen Verfahren schuldig bekannt, dem Hilfsprogramm nicht wie vorgeschrieben die niedrigst möglichen Medikamentenpreise eingeräumt zu haben. Der Konzern zahlte wegen Betrugs rund 250 Millionen Dollar - nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters handelte es sich um die bislang höchste Strafe in einem Verfahren wegen Preismanipulationen. Die Staatsanwaltschaft des US-Bundesstaats Massachusetts war erst durch Hinweise eines ehemaligen Mitarbeiters auf den Betrug aufmerksam gemacht worden. Demnach hatte Bayer jahrelang Medikamente über Mittelsmänner und Scheinfirmen vertrieben, um die Offenlegung der tatsächlichen Medikamentenpreise zu verhindern.

-----

Ein Gericht in Texas hat die Bayer AG im Oktober zu 400.000 Dollar Schadensersatz verurteilt. Der 33-jährige Miguel Valverde hatte vor sechs Jahren einen Schlaganfall erlitten, nachdem er drei Tage das Erkältungsmittel *Alka-Seltzer Plus* eingenommen hatte. Die Geschworenen stellten fest, dass Bayer ein „mangelhaftes, gefährliches Pharmaprodukt“ vertrieben hatte, obwohl ungefährliche Alternativprodukte verfügbar waren.

*Alka Seltzer* enthielt bis 2000 den Inhaltsstoff Phenylpropanolamin (PPA), der das Risiko eines so genannten hämorrhagischen Schlaganfalls um das Anderthalb- bis Dreifache steigen lässt. Beim Schlucken von Diät-Pillen nimmt die Gefahr sogar um das Fünfzehnfache zu. Dies belegten rund 30 Fallstudien, die seit 1979 in medizinischen Fachzeitschriften erschienen waren. Etwa 200-500 Patienten pro Jahr starben an den Nebenwirkungen.

Die Pharma-Industrie kannte die Risiken von PPA seit Jahrzehnten. Die Unternehmen hielten ihre eigenen Studien zurück, um die Umsätze PPA-haltiger Medikamente von mehreren Hundert Millionen Dollar pro Jahr nicht zu gefährden. Hunderte Menschen mussten diese Strategie mit dem Leben bezahlen. Die *Los Angeles Times* enthüllte kürzlich firmeninterne Dokumente, wonach Bayer nach der Veröffentlichung einer großen Studie zu PPA-Risiken im Jahr 1999 einen „*PPA Crisis Action Plan*“ entwickelt hatte, um die Studien-Ergebnisse mit Hilfe einer „grob-schlächtigen PR-Kampagne“ anzuzweifeln und den „Verkaufs-Stopp zu verzögern“. Hierdurch wurde das Verbot von PPA um 13 Monate verzögert - ursprünglich wollten die Unternehmen den Verkauf sogar erst nach der „Erkältungs-Saison“ im Winter 2000/2001 einstellen.

### **Zum Thema Greenwashing:**

**Nominierung(en) einsenden an:** The Public Eye on Davos, Erklärung von Bern, Quellenstrasse 4  
25, Postfach, CH-8031 Zürich, Schweiz; E-Mail: [publiceye@evb.ch](mailto:publiceye@evb.ch); Fax: +41 (0)1 277 70 01.

Um ihr Renommee aufzupolieren, spenden große Unternehmen gerne für soziale Zwecke. Bayer stellte beispielsweise der WHO kürzlich Mittel gegen die afrikanische Schlafkrankheit zur Verfügung und spendete nach den Erdbeben in Indien, der Türkei und El Salvador Medikamente. Die andere Seite der Medaille ist, dass das Unternehmen in den 80er Jahren seine Abteilung „Tropenforschung“ geschlossen hat, obwohl Tropenkrankheiten weltweit mehr Todesopfer fordern als Herzinfarkt und Schlaganfall zusammen – nur können sich die Opfer von Malaria und Bilharziose in den seltensten Fällen eine kostenträchtige Behandlung leisten.

Auch ist es instruktiv, den Wert der von Bayer geleisteten Spenden mit den durch das Unternehmen gezahlten bzw. nicht gezahlten Steuern zu vergleichen: Lagen die weltweiten Unternehmenssteuern von Bayer im Jahr 2000 noch bei rund 1,15 Milliarden Euro, so wurden diese im Jahr 2001 bereits um fast 90% reduziert: gerade noch 150 Millionen Euro überwies der Konzern an Bund und Länder. Sämtliche "wohltätigen" Gaben von Bayer machen maximal ein Prozent der eingesparten Steuern aus. Die Gesellschaft wäre jedoch mit angemessenen Steuern auf den Unternehmensgewinn, deren Einsatz planbar und frei verfügbar wäre, weit besser bedient als mit einzelnen, nach Öffentlichkeitswirksamkeit verteilten Spenden.

-----  
Das *American Chemistry Council (ACC)*, dem auch die deutschen Konzerne BASF, Bayer und Degussa angehören, ließ von der Werbeagentur *Nichols-Dezenhall* eine Kampagne skizzieren, um Forderungen amerikanischer Umweltverbände nach mehr Sicherheit von Chemikaliend entgegenzutreten. *Nichols-Dezenhall* ist besonders für Schmutzkampagnen bekannt: Die Firma beschäftigt eine Vielzahl ehemaliger FBI- und CIA-Agenten zur Ausspionierung von Umweltaktivisten und anderer kritischer Kräfte. Mitarbeiter der Agentur schreckten in der Vergangenheit nicht davor zurück, Materialien aus dem Abfall von Umweltschützern heraus zu klauben. Die schwerpunktmäßig in Kalifornien geplante Kampagne beinhaltet denn auch eine Reihe „ungewöhnlicher Maßnahmen“:

- Sammeln persönlicher Daten von Umweltschützern (mit Schwerpunkt auf Aktivisten, die für das Vorsorgeprinzip kämpfen),
- Anwerbung und finanzielle Hilfe „unkonventioneller Bündnispartner“ (Vertreter von Minderheiten wie Schwarze oder Latinos, Verbraucherschützer, wissenschaftliche Institute), da diese in der Öffentlichkeit glaubwürdiger auftreten könnten als die Unternehmen selbst,
- Gründung eines „unabhängigen“ Instituts, welches Öffentlichkeitskampagnen gegen Chemikalientests durchführt und auf negative Auswirkungen für die Wirtschaft hinweist,
- Unterstützung bei der Gründung von Pseudo-Bürgerinitiativen, die in Demonstrationen, Radiospots, Websites, Rundbriefen, Vorträgen und Pressekonferenzen auf die negativen Auswirkungen vorsorgender Umweltschutzmaßnahmen hinweisen sollen – möglichst dann, wenn Diskussionen oder Abstimmungen über relevante Gesetze anstehen,
- Veröffentlichung einer Studie, um die „zerstörerischen Auswirkungen“ einer auf dem Vorsorgeprinzip basierenden Gesetzgebung zu „dramatisieren“,

Kalifornien hatte in den letzten Jahren für einige besonders risikoreiche Anwendungen (wie Flammenschutzmittel) vorsorgende Untersuchungen vorgeschrieben und hat in der Umweltgesetzgebung der USA stets eine Vorreiterrolle gespielt. In dem Strategiepapier wird der Bundesstaat daher als „Leithammel“ bezeichnet, dessen Entwicklung anderen Teilen der USA als Vorbild dient - weswegen eine verschärfte Umweltgesetzgebung dort „besonders aggressiv“ bekämpft werden müsse.

Jürgen Rochlitz, Chemieprofessor und Mitglied der von der Bundesregierung eingesetzten Störfallkommission kommentiert: "Dieses Strategiepapier bietet einen seltenen Einblick in die doppelzüngige Vorgehensweise der Chemieindustrie. In Werbekampagnen ist von "Responsible Care" und "intensiven Anstrengungen für den Umweltschutz" die Rede - gleichzeitig werden Kritiker bespitzelt und selbst elementarste Sicherheitsvorkehrungen mit allen Mitteln bekämpft. Der Schutz von Umwelt und Verbrauchern ist für die Industrievertreter offenbar vollkommen nebensächlich." Rochlitz bezeichnet die Pläne der Industrie als „Einschüchterung von Kritikern“ und „klaren Verstoß gegen demokratische Regeln“.

---

Nach Angaben der WHO gehören Antibiotikaresistenzen zu den größten medizinischen Problemen des 21. Jahrhunderts. Längst besiegt geglaubte Krankheiten breiten sich wieder aus, da resistente Keime mit herkömmlichen Antibiotika nicht mehr bekämpft werden können. Einer der Hauptgründe für die Ausbreitung von Resistenzen ist der massenhafte Einsatz von Antibiotika in der Tierzucht. In der EU landen mehr als die Hälfte aller Antibiotika im Tierstall - es entstehen resistente Bakterienstämme, etwa von Salmonellen, die über die Nahrungskette in den menschlichen Körper gelangen und unbehandelbare Infektionen auslösen können.

Bayer gehört weltweit zu den größten Herstellern von Antibiotika und ist zudem drittgrößter Hersteller von Veterinärprodukten. Die Substanzklasse der Fluoquinolone vermarktet der Konzern sowohl für Menschen ("Ciprobay") als auch für Tiere ("Baytril"). In Deutschland ist Baytril seit 1995 zugelassen und wird in großem Umfang zur Behandlung von Schweinen verwendet, als Fütterungsarznei wurde das Präparat nach Protesten wieder vom Markt genommen. In den USA wird das Präparat an Hühner, Truthähne und Rinder verfüttert.

Das Unternehmen hat die Initiative "Libra" gestartet, in deren Rahmen "Ärzte, Patienten und Entscheidungsträger" über die Gefahren von Resistenzen informiert werden, um "den unsachgemäßen Einsatz von Antibiotika einzuschränken". Blumig heißt es auf der Bayer-website: "Libra ist das lateinische Wort für Waage. Sie symbolisiert die Ausgewogenheit der Antibiotika-Therapie." Und weiter: "Nur so kann die Wirksamkeit dieser Arzneimittel zum Schutze der Bevölkerung erhalten bleiben. Damit passt das Bayer-Engagement in idealer Weise zum Global Compact und seinen Zielen."

In der Realität trägt aber gerade der massenhafte Verkauf von Baytril zur Entstehung von Resistenzen bei: Nach Erkenntnis der US-Gesundheitsbehörde *Food and Drug Administration (FDA)* entstehen allein durch die Verfütterung von Fluoquinolonen an Hühner resistente Keime, mit denen jährlich mehr als 5.000 Amerikaner infiziert werden. Nach Angaben der FDA sind Fluoquinolone eine "wichtige Ursache" für Infektionen mit *Campylobacter* Bakterien. Bis zu 80% der verkauften Hühner enthalten zum Teil resistente *Campylobacter*-Bakterien.

**Nominierung(en) einsenden an:** The Public Eye on Davos, Erklärung von Bern, Quellenstrasse 6  
25, Postfach, CH-8031 Zürich, Schweiz; E-Mail: [publiceye@evb.ch](mailto:publiceye@evb.ch); Fax: +41 (0)1 277 70 01.

Die Behörde ersuchte daher die beiden Hersteller, Abbott und Bayer, das Präparat vom Markt zu nehmen. Während Abbott direkt reagierte, legte das deutsche Unternehmen Beschwerde ein. In den USA bildete sich daraufhin eine Koalition von Ärzteverbänden und Umweltorganisationen, um ein Einlenken von Bayer zu erreichen. Vertreter der Initiative befürchten, dass im Laufe des mehrjährigen Beschwerdeverfahren die Zahl der Resistenzen stark ansteigt und Fluoquinolone unbrauchbar geworden sind.

### ***Forderungen an den Konzern***

Sicherung aller Arbeitsplätze, ethische Unternehmenspolitik, Einsetzen für den Umweltschutz, finanzielle Kompensation von Geschädigten.

Ausführliche Informationen zu allen aufgeführten Fällen unter [www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

### **Nominierung eingereicht von:**

*Organisation: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.*

*Kontaktperson: Philipp Mimkes*

*Adresse: Kirchweg 65, 50858 Köln, Deutschland*

*e-Mail: CBGnetwork@aol.com*

*Telefon: 0049-211-333 911 (nachmittags)*